Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5— 6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 10 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 122. **Sonnabend** den 2. Mai 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 3. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Räume bleibt die große Rathsstube **Montag, den 4. Mai d. J.** geschlossen.

Leipzig, den 28. April 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Grötzel.

Bekanntmachung.

Die **Pflasterung der Zöllnerstraße** mit Schlackengußsteinen soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Pflasterung der Zöllnerstraße"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 14. Mai lfd. Js. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 29. April 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ic. 2096. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Pflasterung der nördlichen Fahrstraße des Blücherplatzes mit Schlackengußsteinen soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „Pflasterung der nördlichen Fahrbahn des Blücherplatzes" versehen, ebendaselbst, und zwar bis zum 14. Mai lfd. Js. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 29. April 1891.

Des Rathes der Stadt Leipzig
Ic. 2096. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die **Pflasterung der Moritzstraße von der Zimmerstraße bis zur Rudolfstraße mit Schlackengußsteinen** soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Pflasterung der Moritzstraße"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 14. Mai lfds. Js., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 29. April 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ic. 2096. **Straßenbaudeputation.**

Bekanntmachung.

Zur Berücksichtigung bei der von der **Chemnitzer Düngerabfuhr-Gesellschaft** zu besorgenden **Düngerabfuhrgeschäftes** und des **Grubenwesens** in hiesiger Stadt soll ein **städtischer Beamter** mit einem **Jahresgehalt von 3000 ℳ** am 1. Juli dss. Js. angestellt werden.

Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung kurzen Lebenslaufs und ihrer Zeugnisse **bis 20. Mai dss. Js.** bei uns einreichen. Techniker, welche die Bergwerksmeisterprüfung bestanden oder schon eine ähnliche Aufseherstelle eingenommen haben, werden bevorzugt.

Chemnitz, den 25. April 1891.

Der Rath der Stadt Chemnitz.
André, Dr., Oberbürgermeister. B.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempnermeister Herr **Heinrich Anton Scaunewin,** Leipzig-Reudnitz, Schulstraße Nr. 1, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 30. April 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 2632. Dr. Georgi. Wolfram.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner Herr **Karl Altenburg,** Leipzig-Gohlis, Leipziger Straße Nr. 9, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 30. April 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 2631. Dr. Georgi. Wolfram.

Steckbrief.

Gegen den am 21. November 1862 in Leipzig geborenen Cigarren- und Musikalienhändler **Eduard Kurt Braun,** Inhaber der jetzt bankerotten Firma: Lorenz & Ullrich, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Vergehens nach §. 184 des Reichsstrafgesetzbuchs verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Amtsgerichts-Gefängniß abzuliefern, auch von der Verhaftung Nachricht anher gelangen zu lassen.

Leipzig, den 30. April 1891.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgerichte daselbst.
L.-G.-Rath Tobias.

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Polizeiamt will nicht unterlassen, **darauf** hinzuweisen, daß nach §§. 12 und 13 des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht vom 22. November 1850 die **Veranstaltung öffentlicher Auf- und Umzüge oder Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen,** welche ohnehin stets der behördlichen Genehmigung bedarf, insbesondere für den bevorstehenden 3. Mai hiermit ausdrücklich **verboten** wird.

Es kann daher, falls etwa für diesen Tag von irgendwelchen Vereinigungen Ausflüge geplant worden sein sollten, nicht geduldet werden, daß die Theilnehmer an einem solchen Ausfluge **in geschlossener Masse** und in **demonstrativer** Weise, wie etwa unter Tragung rother Fahnen ꝛc., das Stadtgebiet durchziehen oder sich auf den Straßen in größerer Anzahl aufstellen.

Es werden Maßregeln getroffen werden, etwaige Zuwiderhandlungen zu verhindern und etwaigen Widersetzlichkeiten energisch entgegenzutreten.

Das Polizeiamt erwartet, daß auch bei der diesjährigen „Maifeier" die Arbeiterbevölkerung eine besonnene Haltung bewahren und sich den Anordnungen der Aufsichtsorgane willig fügen werde, macht aber noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Schutzmannschaft ermächtigt ist, im Falle sie sich wider Erwarten thätlichen Angriffen ausgesetzt sehen sollte, von der Dienstwaffe Gebrauch zu machen, und daß ferner im Falle irgend welcher Ruhestörungen die für den Nachmittag und Abend geplanten Versammlungen und Festlichkeiten jedenfalls sofort verboten werden würden.

Leipzig, am 29. April 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung
Dr. Schmid. M.

D. R. 2000.

Bekanntmachung.

Der in unserem städtischen Krankenhause verstorbene Lehrer Herr Adolf Julius Bruno **Heinig** aus Osterfeld bei Weißenfels hat der Stadt Leipzig seine reichhaltige Sammlung prähistorischer Alterthümer letztwillig vermacht.

Wir beeilen uns, dies mit dem Ausdrucke unseres herzlichen Dankes für den Entschlafenen hiermit zur öffentlichen Kenntniß und bemerken dabei, daß die Sammlung seinem Wunsche zufolge dem Museum für Völkerkunde unter dem Namen

„Heinig'sche Sammlung"

zur Aufstellung überwiesen worden ist.

Leipzig, den 29. April 1891.

1376 **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 464 Dr. Georgi. Grötzel.

Die „Maifeier."

Der Arbeiterfeiertag, welcher vom Pariser Socialisten-Congreß für den 1. Mai festgesetzt worden ist, um an diesem Tage Kundgebungen für den achtstündigen Normal-Arbeitstag zu veranstalten, ist im vorigen Jahre ruhig vorübergegangen, ohne daß die befürchteten Ruhestörungen eingetreten wären. In diesem Jahre werden in Deutschland derartige Befürchtungen überhaupt nicht gehegt, und wo Umzüge angekündigt waren, für den 3. Mai sind sie verboten worden. Die Feier soll aus dem Rahmen einer Privat-Angelegenheit nicht heraustreten, im Uebrigen mögen die Socialdemokraten den Tag so festlich begehen, wie sie wollen. Da sich weder die Arbeitgeber noch die Behörden durch Drohungen einschüchtern lassen, so kann von einer Gefahr der Maifeier für Ruhe und Ordnung in Deutschland nicht die Rede sein. Anders liegt die Sache in Frankreich. Dort ist die Neigung der Socialisten, zu Thaten überzugehen, stärker, und eine weitere Steigerung der Gefahr sind die anarchistischen Bestrebungen, welche jede Gelegenheit, den Umsturz des Bestehenden herbeizuführen, begierig ergreifen. Die Aufforderung an die Soldaten, am 1. Mai zu meutern, ist von der Regierung sehr ernst genommen worden, und sie hat alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um etwaigen Ruhestörungen energisch entgegen zu treten. Es ist deshalb kaum zu erwarten, daß die geplanten Kundgebungen, um eine Verminderung der Arbeitszeit und die Festsetzung eines Minimallohnes zu erreichen, die gesetzlich gezogenen Schranken überschreiten werden.

Die Rede, welche Floquet beim Jahresbankett der Syndicatskammer hielt, scheint nach den vorliegenden telegraphischen Andeutungen den herrschenden Anschauungen treffenden Ausdruck gegeben zu haben. Als die beiden Hauptgedanken der Rede werden erwähnt, daß die Republik niemals mit der Gewalt unterhandeln könne, und daß als bestes Ergebniß des Socialismus eine Politik zu begrüßen wäre, welche alle Bürger vereinige. Der erste Satz bedarf keiner näheren Erklärung, er ist an sich klar, dagegen ist die Umwandlung des Socialismus in eine alle Bürger vereinigende Politik nicht ohne nähere Begründung zu verstehen. So viel ist sicher, daß Floquet nicht die Einigung auf socialistischer und communistischer Grundlage meint, sondern einen Zustand, welcher den berechtigten Wünschen der Arbeiter, der Nothleidenden und Hilfsbedürftigen Erfüllung bringt. Ein solcher Zustand wird von allen den Staaten angestrebt, welche den gesetzlichen Schutz der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheit, Unfällen und Arbeitsunfähigkeit, sowie gegen gewissenlose Ausbeutung der Arbeitskraft gewähren wollen. Zu diesen Staaten gehört auch Frankreich, welches sogar schon ein Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz nach deutschem Muster vorbereitet. Es ist für die monarchischen Staaten von Werth, daß die Socialisten den republikanischen Staaten in der gleichen Weise feindlich gegenüberstehen, es führt ebenso wenig eine Brücke zum socialistischen Staat von der Monarchie wie von der Republik. Beide sind nach socialistischer Lehre Classenstaaten, und diese Form des Staates ist es, welche der Socialismus bekämpft.

Alles Bestehende ist der Verbesserung fähig und bedürftig und der Staat, wie er sich historisch entwickelt hat, folgt nur dem Selbsterhaltungstrieb, wenn er sich den veränderten wirthschaftlichen Verhältnissen anpaßt und den Industrie-Arbeitern den Schutz gewährt, dessen sie bedürfen, um ihre Existenz sicher zu stellen. Der große Irrthum der Socialisten beruht darin, daß sie das Verhältniß umkehren wollen, daß sie die Arbeiter nicht in der Geltendmachung von Rechten bestärken, sondern sie zu Gebietern machen wollen. Der Arbeitgeber als der Vertreter einer bestimmten Classe, der sogenannten Bourgeoisie, mit welcher Bezeichnung zugleich der Capitalist gemeint ist, wird als der Feind dargestellt, ihm soll das Leben nicht nur erschwert werden, er soll seinen Platz überhaupt räumen. Wer tritt aber an seine Stelle? Diese Frage beantwortet der Socialist mit dem Worte: die „Gesellschaft". Da nun aber alle Menschen Glieder der menschlichen Gesellschaft sind, so sind die Arbeiter nach socialistischer Auffassung zugleich Arbeitgeber, nicht die einzelnen Personen, aber die Gesammtheit, welche das Interesse aller Glieder der Gesellschaft besser wahrzunehmen im Stande sei, als die Vertreter des Capitalismus. Diese vollständige Gleichheit aller Menschen, die zugleich alle Menschen zu Arbeitern macht, ist sehr schön in der Theorie, aber nicht in der Praxis, denn ohne Befehlende und Gehorchende geht es in keinem menschlichen Verhältniß ab. Darauf hat der Socialist auch eine Antwort. Er sagt, daß die Organisation der Arbeit nach einer von der Gesammtheit vereinbarten Stufenleiter geschieht, so daß an die Stelle der Arbeitgeber socialistische Beamte oder Beauftragte treten, die etwa aus freier Wahl der die Societät bildenden Personen hervorgehen. Das sind Vorstellungen, welche auf Verwirklichung niemals Anspruch erheben können, denn die Ausführung würde einen idealen Zustand voraussetzen, der nicht besteht und nach der Natur der menschlichen Verhältnisse niemals ins Leben treten kann.

Die bewegende Kraft im menschlichen Dasein ist und wird stets sein das Streben nach Verbesserung der materiellen Lage und bei vornehmer angelegten Naturen nach einer Stellung, welche dem persönlichen Ehrgeiz Befriedigung gewährt. Die Gleichstellung aller Menschen, die Aufhebung aller Unterschiede, wie sie natürliche Anlage und ihre Verwendung bedingen, würde Stillstand, Stockung und damit Vernichtung herbeiführen. Nur das freie Spiel der Kräfte kann einen für alle Theile wünschenswerthen Zustand schaffen und deshalb sind alle diejenigen Reformen mit Zustimmung zu begrüßen, welche die der freien Bethätigung der menschlichen Kräfte entgegenstehenden Hindernisse beseitigen.

Was der socialistischen Bewegung fehlt, um sie lebensfähig zu machen, ist die unbefangene Beurtheilung der menschlichen Entwickelung. Diese Bewegung geht von dem Grundgedanken der völligen Gleichheit aller Menschen aus, und dieser Gedanke ist grundfalsch. Schon eine Heerde von Schafen und Ziegen oder gar von Rindvieh ist schwer zu leiten, wo doch die Anlage der einzelnen Thiere nur geringe Unterschiede zeigt, bei Pferden ist die Leitung einer großen Anzahl Thiere schon nicht mehr durchzuführen, weil der Trieb nach Freiheit bei den einzelnen Thieren zu groß, die Individualität zu stark entwickelt ist. Nun aber beim Menschen, dessen geistige Fähigkeiten ihn in den Stand setzen, sein Schicksal bis zu einem gewissen Grade selbst zu bestimmen. Die Menschen haben sich aus dem Urzustande dahin aufgeschwungen, Staaten zu gründen, die Bedingungen zu vereinbaren, unter welchen viele Menschen zusammen wohnen und gemeinsame Ziele verfolgen können. Und nach einer Entwickelung von mehreren tausend Jahren sollten wir dabei angelangt sein, daß eine kleine Zahl von Personen die gesammte Menschheit in eine große Fabrikgenossenschaft umwandeln will, welcher der achtstündige Arbeitstag, später der sechsstündige und endlich vielleicht der zweistündige als das Ziel aller menschlichen Thätigkeit erscheint? Wenn die Führer der Socialisten sich die Mühe geben wollen, über das nachzudenken, was sie ihren Anhängern als Paradies anpreisen, so müssen sie zu der Ueberzeugung kommen, daß sie einem Gebilde der Einbildungskraft nachjagen.

Leipzig, 2. Mai.

* Das Reiseprogramm des Kaisers für die Rheinfahrt ist nun gegeben. Es ist durch den Tod des Feldmarschalls Grafen Moltke in keiner Weise gegenüber den ursprünglichen Anordnungen verändert worden. Der Kaiser verläßt darnach in seinem Sonderzuge die Station Wildpark um 11 Uhr am Sonntag, den 3. Mai. Er trifft am Montag um 9 Uhr auf dem Bergisch-Märkischen Bahnhof in Düsseldorf ein und hier findet großer militairischer Empfang statt. Dann fährt er zu seinem Absteigequartier, dem Regierungspräsidenten, wo der große Civilempfang stattfindet. Im Laufe des Vormittags nimmt der Kaiser militairische Besichtigungen vor und nimmt um 4 Uhr an dem ihm von den rheinischen Provinzialständen angebotenen Festmahl und um 7 Uhr in der Tonhalle an dem Fest der Stadt und der Künstlerschaft Düsseldorfs theil. Um 9¼ Uhr erfolgt die Abfahrt wiederum vom Bergisch-Märkischen Bahnhof und die Ankunft auf dem Hauptbahnhofe in Köln um 10 Uhr. Hier ist nur kleiner Empfang. Dann umfährt der Kaiser den beleuchteten Dom und begiebt sich zum Regierungsgebäude, wo er sein Nachtquartier nimmt. Der Vormittag des Dienstag ist militairischen Besichtigungen gewidmet. Hieran schließt sich die Umfahrt in der Stadt und am Mittag um 1½ Uhr das Festmahl im Gürzenich. Um ½5 Uhr erfolgt die Abfahrt von Köln mit Schnellboot nach Bonn, wo der Kaiser um 7 Uhr eintrifft, sein Absteigequartier in der Villa Löschigk nehmen und am Mittwoch und Donnerstag verbleiben wird. Die Anordnungen für die Weiterreise des Kaisers sind noch nicht getroffen.

* Dem Director des kaiserlichen Statistischen Amts, Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Becker, ist bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst der Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath mit dem Range eines Raths erster Classe verliehen worden, und der Geheime Regierungsrath Dr. von Scheel, Mitglied des kaiserlichen Statistischen Amts, ist unter Beilegung des Ranges als Rath dritter Classe zum Director des kaiserlichen Statistischen Amts ernannt worden.

* Dem Reichstage ist der Nachtrags-Etat für 1891/92 zugegangen.

* Der „National-Zeitung" zufolge erwägt die Regierung die Kündigung der in der Meistbegünstigung nach dem Frankfurter Frieden nicht inbegriffenen Convention mit Frankreich, betreffend den Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums, falls Frankreich das geplante prohibitive Zollsystem einführt.

* Das schon erwähnte Schreiben des Reichskanzlers an den Emdener Bürgerverein auf die Beschwerdeschrift an den Kaiser über abfällige Aeußerungen des Kriegsministers über ostfriesische Recruten und Lehrer hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 23. April 1891. Ew. Wohlgeboren benachrichtige ich ergebenst, daß die Immediateingabe, welche sie im Verein mit einer großen Zahl anderer Bewohner Ostfrieslands im vorigen Monat an Se. Majestät den Kaiser und König gerichtet haben, von Allerhöchster Stelle mir zur weiteren Veranlassung zugefertigt worden ist. Soweit sich die Beschwerde mit den Aeußerungen beschäftigt, welche der Herr Kriegsminister in der Reichstagssitzung vom 13. v. M. aus Anlaß eines Vorfalls in Aurich über ostfriesische Recruten und Lehrer gethan hat, trifft sie mit dem Inhalte der Interpellation zusammen, die von den Abgeordneten Hacke und von Hülsen eingebracht und in der Sitzung vom 13. d. M. zur Besprechung gekommen ist. Ew. Wohlgeboren werden von den Verhandlungen Kenntniß genommen und ersehen haben, daß die Herren Interpellanten sich durch die Aufklärung, welche ich abzugeben in der Lage war, für befriedigt erklärten. Ich darf annehmen, daß Ew. Wohlgeboren, sowie die Mitunterzeichner der Immediateingabe diesem Vorgange sich anschließen und damit die Angelegenheit gleichfalls als erledigt erachten. Wenn die Beschwerde des Weiteren dem Schmerze Ausdruck giebt, daß die Liebe und Treue der Ostfriesen zu Kaiser und Reich, ihre Anhänglichkeit an das preußische Herrscherhaus in Zweifel gezogen seien, so werden Ew. Wohlgeboren aus den Verhandlungen im Reichstage die Ueberzeugung gewonnen haben, daß zu einer solchen Annahme ein Grund nicht vorgelegen hat und daß auch von keiner Seite die geistige, sowie die militairische Tüchtigkeit des friesischen Stammes unterschätzt worden ist. Es haben aber Se. Majestät der Kaiser und König mich noch besonders zu beauftragen geruht, ich solle die Unterzeichner der Immediateingabe wissen lassen, daß Allerhöchstihnen die loyale Gesinnung der ostfriesischen Bevölkerung wohlbekannt sei, und es solle denselben für die Kundgebung dieser Gesinnung Allerhöchster Dank ausgesprochen werden. Indem ich mich dieses Auftrags mit besonderer Freude hiermit entledige, stelle ich Ew. Wohlgeboren ergebenst anheim, den Mitunterzeichnern der Vorstellung von dem Vorstehenden gefälligst gleichfalls Mittheilung zu machen. v. Caprivi.

* Ueber den Glaubenswechsel zweier deutschen Fürstinnen äußert sich die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchen-Zeitung" mit folgenden bitteren Worten:

Am 25. April ist die Großfürstin Sergei von Rußland, geborene Prinzessin Elisabeth von Hessen, zur griechisch-orthodoxen Kirche übergetreten, wenigstens nicht mit dem Pomp, der dabei ursprünglich entfaltet werden sollte, namentlich aber nicht in Gegenwart ihres Vaters, den die Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland von der, wie es scheint, schon beschlossenen Reise nach St. Petersburg abgehalten hat. Dies ist der einzige mildernde Umstand, den wir bei dem tief demüthigenden Vorgange anerkennen können. Planen ganz Kurzem aber steht ein ähnliches Beispiel der Glaubensverleugnung hervor, das uns insofern noch näher angeht, als es sich um die Schwester des deutschen Kaisers handelt. Wenn zur Beruhigung, wie man annehmen muß, gemeldet wird, daß Mutter und Großmutter der Uebertretenden die Handlungsweise derselben gebilligt hätten, so kann das auf uns gar keinen Eindruck machen. Wir wissen nur, daß die künftige Königin von Griechenland jede Beziehung zum alten Vaterlande gelöst hat, und hoffen, daß man sie in Deutschland fortan als eine völlig Fremde ansehen und behandeln werde.

* Fürst Bismarck hat auf die Adresse der Berliner Studentenschaft zu seinem diesjährigen Geburtstag mit folgendem Dankschreiben geantwortet:

Friedrichsruh, 24. April 1891.

Die Adresse der Studentenschaft Berlins hat mir zu meinem Geburtstage eine hohe Freude bereitet, denn ich ersehe aus Ihrer warm empfundenen Kundgebung von Neuem, daß Liebe zum Vaterlande in ungeschwächter Stärke der Leitstern der akademischen Jugend bleibt. Ich erblicke darin eine feste Bürgschaft für die Zukunft gegenüber allen thron- und reichsfeindlichen Bestrebungen. Ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank für Ihre freundliche Zuneigung entgegennehmen und Ihren Herren Commilitonen aussprechen zu wollen. v. Bismarck.

* Aus Helgoland wird geschrieben:

„So kurze Zeit erst seit der Deutschwerdung der Insel vergangen ist, so sieht der weitaus überwiegende Theil der Bevölkerung den neuen Verhältnissen schon jetzt durchaus sympathisch und vertrauensvoll gegenüber. Die freundliche und fürsorgliche Art der neuen Verwaltung, die gleich vom ersten Tage der Besitznahme an deutlich hervortrat, vermochte das anfängliche, wenn auch meist unausgesprochen gebliebene Mißtrauen und alle Sorgen der Helgoländer mit der Zeit zu beseitigen. Dazu kommt, daß sämmtliche Herren, welche der deutschen Verwaltung, sowohl der bürgerlichen, wie der militairischen, seit der Uebernahme der Insel angehört haben und noch angehören, ohne Ausnahme in ein freundschaftliches persönliches Verhältniß zu der Einwohnerschaft Helglands getreten sind, während dies seitens der früheren englischen Gouverneure nicht immer, und wohl kaum jemals in diesem Maße der Fall gewesen ist. Der letzte, unmittelbar verstorbene Gouverneur Sir A. Barkley war schon wegen seines leidenden Zustandes außer Stande, umfangreiche persönliche Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten. Besonders hat das Bestreben der deutschen Verwaltung, mit allen sich etwa nothwendig erweisenden Aenderungen langsam und erst nach eigener, völlig abschließender Prüfung vorzugehen, die Befriedigung der Helgoländer hervorgerufen. Diese Aenderungen betr. neuen Maßnahmen werden sich in erster Linie wohl auf die Bade-Einrichtungen erstrecken. Helgoland kann als Bad unstreitig noch mehr ausgenutzt werden; zu einer größeren Verwerthung gehören aber erst noch neue Einrichtungen, ähnlich denjenigen, wie sie z. B. in den großen englischen Seebädern vorhanden sind. Auch die kommende Badesaison wird noch Gelegenheit sorgfältigster Prüfung geben; irgendwelche Aenderungen von Belang werden in diesem Jahre noch nicht vorgenommen. Auch die Frage der etwa auszuführenden Erhaltungs-Arbeiten dürfte noch nicht als erledigt zu betrachten sein, weil dieser Angelegenheit deutscherseits die größte Aufmerksamkeit und Fürsorge gewidmet wird. Was nun endlich die Befestigung Helgolands anbetrifft, so ist alles darüber bisher in der Oeffentlichkeit Verhandelte lediglich auf müßiges Gerede zurückzuführen; diese Frage ist jedenfalls viel zu bedeutungsvoll in fortificatorischem Sinne, als daß sie in so kurzer Zeit ent-